

Besuch von Mulyana W. Kusuma in Europa

Der europäische Zweig der Unabhängigen Wahlbeobachtungskommission (KIPP Europa) hatte mit Hilfe der Südostasien-Informationsstelle und in Zusammenarbeit mit Watch Indonesia und einigen anderen Gruppen Mulyana W. Kusuma nach Europa und insbesondere nach Deutschland eingeladen. Die Einladung an ihn war in seiner Eigenschaft als Generalsekretär des KIPP in Indonesien ergangen. Sie verfolgte mehrere Ziele: Zum einen sollte KIPP Europa und seine Führungsgruppe, die sich am 11. Mai dieses Jahres konstituiert hatte, offiziell seine Arbeit aufnehmen. Zum zweiten sollte die deutsche und europäische Öffentlichkeit in umfassender Weise über das KIPP informiert werden, und zum dritten sollte der Besuch dem Meinungs austausch und der Information über die aktuelle politische Situation in Indonesien dienen.

Schweren Herzens hatte sich Mulyana nach Europa aufgemacht, weil er in Indonesien viel Arbeit zurücklassen mußte. Am 19. Juli traf er zu einem zehntägigen Besuch in Frankfurt ein, wo er gleich nach der Ankunft sein erstes von IMBAS arrangiertes Interview gab. Von Frankfurt aus begab er sich auf dem Landweg nach Amsterdam, wo er zur Eröffnungsveranstaltung des KIPP Europa erwartet wurde. Dort traf er auch mit Vertretern verschiedener Organisationen zusammen und gab Interviews für die niederländischen Medien. Zurück in Deutschland besuchte er Misereor in Aachen, nahm Termine im Auswärtigen Amt, bei politischen Stiftungen sowie beim Diakonischen Werk wahr und gab eine Pressekonferenz bei der Böll-Stiftung. Von Bonn setzte er seine Reise zur Südostasien Informationsstelle in Essen sowie zu Watch Indonesia in Berlin fort. Mulyana absolvierte während

der zehn Tage von morgens bis abends ein dichtes Programm und mußte häufig am nächsten Morgen wieder früh zum nächsten Termin aufbrechen.

Ursprünglich war seine Reise nur für zehn Tage geplant. Wegen der vielen Bitten um Vorträge, Treffen und Gespräche von verschiedenen Personen und Institutionen in Deutschland, den Niederlanden und Belgien wurde der Besuch auf 25 Tage ausgedehnt. So wurde Mulyana u.a. auch nach Frankreich und Genf eingeladen. Der Besuch Mulyanas hat viel Aufschluß über die gegenwärtige politische Konstellation in Indonesien und detaillierte Erläuterungen über das KIPP, dessen nächste Arbeitsschritte und die Perspektiven für die Zukunft gegeben. Dies war umso wichtiger, als das KIPP nicht nur ein Instrument zur Wahlbeobachtung ist, sondern einen Teil der sogenannten Pro-Demokratie-Bewegung darstellt, die aus Studenten, Aktivisten von NROs sowie aus Vertretern gesellschaftlicher Organisationen und führenden Intellektuellen besteht. Aus diesem Grund besitzt das Unternehmen einer Wahlbeobachtung ein eigenes politisches Gewicht, das von den Herrschenden ernst genommen wird.

Zur Zeit seines Besuch ereigneten sich in Jakarta die Unruhen, die – mittlerweile als "sabu kelabu" (grauer Samstag) bekannt – viele Opfer gefordert haben. Bis heute haben diese Ereignisse ihre Weiterungen gehabt und offensichtlich werden die Unruhen als Legitimation für die Einschüchterung der Personen benutzt, die sich in der Vergangenheit für Demokratie und Menschenrechte eingesetzt haben. Ein Beispiel ist Mulyana selber: Obwohl er sich zur Zeit der Unruhen in Deutschland aufgehalten hatte, erhielt er

von der Staatsanwaltschaft eine Vorladung zur Zeugenaussage. Deshalb schlugen Freunde ihm vor, vorläufig nicht nach Indonesien zurückzukehren. Da Mulyana aber der Auffassung war, er habe sich nichts vorzuwerfen, ist er nach Hause gereist. Bis heute ist er bereits zweimal als Zeuge von der Staatsanwaltschaft einvernommen worden.

Die politische Entwicklung in Indonesien ist keineswegs stabil, der offene Konflikt innerhalb der Machtelite hält an. Die Machthaber greifen zu immer gewalttätigeren Mitteln, die einer klaren Rechtsgrundlage entbehren. Auf der einen Seite werden diejenigen, die die Maßnahmen der Regierung kritisieren und sich für politische Änderungen, Demokratisierung und Menschenrechte einsetzen, weiterhin eingeschüchtert und die allgemeine Kontrolle der Bevölkerung ist noch schärfer als zuvor. Auf der anderen Seite können sich kritische Stimmen immer wieder und an vielen Stellen zu Wort melden, über die Medien und auf anderen Wegen, so auch über das Internet. Die Bevölkerung durchschaut immer mehr das Verhalten und die Attitüde der Mächtigen und wendet sich immer mehr von ihnen ab. Aus diesem Grunde ist die weitere Entwicklung sehr schwer vorauszusehen. Der Besuch Mulyanas in Europa besitzt deshalb neben den bereits genannten Zielen auch den Zweck, für ihn und seine Freunde eine gewissen Schutz für den Fall zu gewähren, daß sie in Indonesien in Schwierigkeit kommen sollten.

Agus Setiawan

Der Text wurde von Klaus H. Schreiner aus dem Indonesischen übersetzt.

Internationale Reaktionen auf Menschenrechtsverletzungen in Indonesien

Nach den gewaltsamen Übergriffen indonesischer Sicherheitskräfte auf Demonstrantinnen im Juli dieses Jahres forderten Menschenrechtsorganisationen und politische Parteien weltweit ein verstärktes Engagement der internationalen Staatengemeinschaft hinsichtlich der sich häufenden Menschenrechtsverletzungen in Indonesien. Insbesondere sollten sämtliche Waffenlieferungen ausgesetzt werden, da diese, entgegen der Versicherung der indonesischen Regierung, nicht nur zur Landesverteidigung, sondern sehr wohl zu Repressionszwecken im Inneren dienen.

Zu den genannten Organisationen zählen Watch Indonesia, Solidarity International, der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO), Human Rights Watch/Asia, Robert F. Kennedy Memorial Center for Human Rights, die SPD-Bundestagsfraktion, die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen und andere, sowie TAPOL, die indonesische Menschenrechtsorganisation.

TAPOL sprach sich außerdem dafür aus, so lange auf Handelsdelegationen und Staatsbesuche in Indonesien zu verzichten, bis sich die indonesische Regierung zum Einlenken bereit erklärt und die verhafteten Oppositionellen freiläßt sowie über die noch vermißten Auskunft gibt.

Nicht nur, daß die Bundesregierung bislang zu den Vorfällen schweigt, Bundeskanzler Helmut Kohl plant im Oktober d.J. sogar einen offiziellen Staatsbesuch in Indonesien. Der Besuch ist demnach eine Mißachtung der Situation der indonesischen Demokratiebewegung. Damit erscheinen die Appelle der Regierung, die sie immer wieder an Staaten richtet, in denen Menschenrechte verletzt werden, unglaubwürdig. Wirtschaftliche Interessen haben offensichtlich absolute Priorität. Weder vom Außenministerium noch vom Kanzleramt war bis Redaktionsschluß eine Stellungnahme zu erhalten.

Nach verschiedenen Quellen zusammengestellt von Heike Grützmaker.

Spontandemonstration in Berlin

Am 7. August 1996 fanden sich etwa 20-30 IndonesierInnen und Deutsche zu einer spontanen Demonstration vor dem indonesischen Generalkonsulat in Berlin-Pankow zusammen. Zwei Konsulatsangehörige fotografierten die Demonstrantinnen und notierten sich die Namen der ihnen bekannten Personen. Die bald eintreffende Polizei erklärte, daß es sich nicht um eine Spontandemonstration handele und sie infolgedessen gegen das Versammlungsgesetz verstoße. Zuvor hatte der Vizekonsul, Colonel Ariyono, noch die schriftliche Erklärung der Demonstrantinnen entgegengenommen, jedoch nicht ohne darauf hinzuweisen, daß die verantwortlichen Deutschen sich doch lieber um deutsche Angelegenheiten kümmern sollten.

vgl. Watch Indonesia, Indonesien-Doku, 4.9.96